

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 7-8

Artikel: "Den Transferbereich nicht unter Naturschutz stellen" : Interview mit Bundesrat Willi Ritschard über Finanzpolitik
Autor: Vogel, Paul Ignaz / Ritschard, Willi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347720>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Den Transferbereich nicht unter Naturschutz stellen»

Interview mit Bundesrat Willi Ritschard über Finanzpolitik
(Interview: Paul Ignaz Vogel)



Fragen an Bundesrat Willi Ritschard

1. Helmut Hubacher, Präsident der SPS, schrieb anfangs dieses Jahres: «Mit Bundesrat Willi Ritschard steht ein Sozialdemokrat an einer zentralen Schaltstelle dieses Staates. Wenn es gelingt, zusammen mit den liberalen und sozial ansprechbaren Kräften eine akzeptable und tragfähige Finanzpolitik zu konzipieren, leisten wir unserm Staat einen enormen Dienst. Wer annimmt, die Sozialdemokraten seien nun dazu verdammt, wie die PdA glaubt, ‚freisinnige Finanzpolitik‘ nach dem Motto durchzuboxen: Die SPS als bewährte Reparaturrequie oder als beste Systemerhalter, verkennt den so-

zialdemokratischen Finanzminister und seine Partei.» Was sagst du dazu?

2. Die Zinsenlasten unseres Staates sind gross, die Durchschnittverschuldung beträgt 5,46 Prozent. Ist es wünschenswert, diese Verschuldung zu senken, und wenn ja, mit welchen Mitteln?

3. Rund 21 Prozent unserer Staatsausgaben betreffen die soziale Vorsorge, 20 Prozent die Landesverteidigung, 16 Prozent den Verkehr, je 9 Prozent den Unterricht/Forschung und die Landwirtschaft, 4 Prozent die Beziehungen zum Ausland und 21,5 Prozent Übriges. Welche Veränderung dieses Verteilerschlüssels wäre für uns Sozialdemokraten wünschenswert?

4. Wir Sozialdemokraten wollen das sehr rentable Bankgeschäft mehr der Öffentlichkeit verpflichten, das heisst mehr besteuern. Wann kommt eine entsprechende Vorlage des Bundesrates an die eidgenössischen Räte? Zusatzfrage: Wird gebremst, und wenn ja, wo?

5. In der politischen Erklärung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1979–1983 heisst es: «Die Bankeninitiative hat auch einen ausserpolitischen Aspekt. Die Schweiz ist weltweiter Tresor für Fluchtkapital. Sie schützt die Reichen der Welt, damit sie in ihren Ländern Steuern hinterziehen können. Mit der alten ausserpolitischen Formel ‚Neutralität und Solidarität‘ ist diese Politik auf Kosten anderer Völker kaum zu rechtfertigen.» Was sagst du dazu?

6. Wie kompromissbereit schätzt du die bürgerliche Mehrheit im

Nationalrat ein, und wie reagiert der Ständerat gegenüber finanzpolitischen Vorlagen?

7. Mit der Botschaft über die Änderung des Bundesgesetzes über den Finanzausgleich ist eine Stärkung der Kantonshoheiten vorgesehen. Auch die vorgeschlagene Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen zielt in derselben Richtung. Als ehemaliger Vizepräsident der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren hast du Erfahrungen gesammelt. Kannst du uns deshalb sagen, wie das Steuerniveau in den einzelnen Kantonen sozialer ausgestaltet und auch materiell angeglichen werden kann?

8. Wie schätzt du heute die finanzielle Situation von Gemeinden und Kantonen im Durchschnitt ein, und welche sozialen und politischen Aufgaben könnten diese vermehrt lösen?

9. Was sagst du zum Vorwurf, der Finanzplan 1981–1983 bedeute eine Verstärkung des zentralen Verwaltungsapparates auf Kosten der Steuerzahler und der Kantone?

10. Wo liegen die spezifischen künftigen Bundesaufgaben? Welche Rolle soll der Bund vermehrt spielen?

11. Zu Beginn der anlaufenden Hochkonjunktur bist du zwischen 1955 und 1963 Nationalrat gewesen. Welche finanzpolitischen Entscheide standen damals zur Debatte, und welche Politik hat unsere Partei im Finanzbereich verfolgt?

12. Was wünschst du unserer Partei, und möchtest du noch etwas sagen oder anregen, was in diesem Interview noch nicht behandelt worden ist?

Herzlichen Dank für das Interview!

Antworten von Bundesrat Willi Ritschard für «Profil»

1. Ziel der Sozialdemokratischen Partei ist nicht die Systemerhaltung um jeden Preis, sondern die Systemveränderung mit demokratischen Mitteln. Sie ist Integrationselement und Oppositionsbewegung zugleich. Die Partei wird sich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten, auch wenn sie den Finanzminister stellt. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass auch ihren Interessen am besten gedient ist, wenn der Bund von seinen chronischen Rechnungsdefiziten wekommt und wieder zu geordneten finanziellen Verhältnissen findet. Denn ein armer Staat – das habe ich immer wieder betont – kann kein sozialer Staat sein. Und dieser Staat ist auch unser Staat. Wir haben zwar nicht die Mehrheit und sind deshalb auf Kompromisse angewiesen, wenn wir unsere Interessen wenigstens teilweise realisieren und nicht in Schönheit sterben wollen. Gerade in der Finanzpolitik brauchen wir jene breit abgestützten Kompromisse von der Mitte her, ohne die ein politisches System mit halbdirekter Demokratie meist nur zu Nullentscheiden fähig ist. Es gibt nicht nur faule, sondern auch schöpferische Kompromisse. Ein vernünftiger Weg zur Sanierung

des Bundeshaushaltes ist im Finanzplan vorgezeichnet, der mit Zustimmung der Sozialdemokraten beschlossen worden ist.

2. Wir haben mit den Rechnungsdefiziten innert zehn Jahren die Schuldenlast des Bundes verdoppelt. Zurzeit müssen wir pro Jahr rund 800 Millionen Franken an Zinsen aufbringen. Bis in zwei Jahren wird es gegen eine Milliarde sein.

Es wäre schön, wenn wir diese Schulden amortisieren könnten. Aber wenn man sieht, dass die Rechnung 1979 noch mit einem Fehlbetrag von 1,7 Milliarden Franken abschloss, ist kaum daran zu denken, dass in nächster Zeit Geld für Schuldentilgungen übrig bleibt. Wir haben schon einiges erreicht, wenn die Einnahmen die Ausgaben wieder decken.

Wie wir den Rechnungsausgleich erreichen wollen, ist im Finanzplan festgelegt: Zurzeit wird ein Sparpaket beraten, das 1981 650 Millionen, 1982 780 Millionen und 1983 noch 430 Millionen Entlastungen bringen soll.

Den Rest müssen wir mit neuen Einnahmen zu decken versuchen: Unterstellung der Energie unter die WUST, Änderung des Verrechnungssteuergesetzes (Erfassung bis jetzt steuerbefreiter Bankgeschäfte), Erhöhung der WUST (wobei bei der Wehrsteuer die «kalte Progression» zu beseitigen ist). Schliesslich liegt noch die Schwerverkehrssteuer vor dem Parlament, und aus der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen soll der Bund etwa 200 Millionen erhalten.

3. Wichtig ist, dass die Zinsausgaben nicht mehr weiter steigen. So können wir wenigstens den Zuwachs an Einnahmen für die Lösung der Zukunftsaufgaben verwenden. Dabei wird immer ein Verteilungskampf entstehen. Die einen wollen mehr Sozialpolitik, andere eine stärkere Landesverteidigung. Die Entwicklungsländer rufen. Die Hochschulen leiden an Platznot, und die Landwirtschaft kann man nicht einfach ihrem Schicksal überlassen.

4. Die Änderung des Verrechnungssteuergesetzes liegt vor dem Bundesrat. Mit dieser Vorlage sollen gewisse Bankgeschäfte einer reduzierten Verrechnungssteuer unterworfen werden. Was die eidgenössischen Räte aus der Vorlage machen werden, weiss vorläufig nur der Hellseher. Immerhin haben letztes Jahr beide Räte die steuerliche Erfassung der Banken durch Motionen beschlossen und damit dem Bundesrat einen verbindlichen Auftrag erteilt. Sie werden da hoffentlich nun nicht aussteigen.

5. Die Tätigkeit unserer Grossbanken hat ohne Zweifel einen aussenpolitischen Aspekt. Ob er mit der Bankeninitiative aufpoliert wird, vermag ich nicht zu beurteilen.

6. Ich glaube daran, dass das Volk und das Parlament den Ernst unserer Finanzlage erkannt haben. Wir können uns nicht weiter verschulden, wenn der Bund seine Handlungsfähigkeit nicht ganz einbüßen und damit auch bei der jungen Generation ungläubwürdig werden will. Ich bin also Optimist, auch wenn man sich in Einzelfragen über Details streitet.

7. Wir müssen das Kompetenzgewirr in diesem Bundesstaat entflechten. Zwei Drittel der Ausgaben sind heute Transferausgaben, hauptsächlich Subventionen. Mit Subventionsgesetzen schlagen wir unsere so differenzierte Schweiz über einen Leist. Wir liefern gesetzgeberische Konfektionsarbeit, wo die Kantone viel besser sitzende Massarbeit leisten könnten.

Unsere Form von Demokratie erträgt einen zu grossen und bürokratisch werdenden Zentralstaat schlecht. Bei uns ist das Volk der Souverän. Im überblickbaren Raum von Gemeinde und Kanton kann es viel besser mitbestimmen und seine Interessen erkennen. Wenn die Arbeitnehmer in einem Kanton ihre Interessen nicht genügend wahrnehmen und sie nicht durchzusetzen versuchen, werden sie sehr bald merken, dass sie ins Hintertreffen kommen, und dann vielleicht aus ihrem politischen Winterschlaf aufwachen. Wer nicht politisiert, mit dem wird dann halt politisiert. Und es schadet nichts, wenn die chronischen Stimmabstinenten merken, dass öffentliche Leistungen eben nicht vom Himmel fallen. Man muss dafür kämpfen.

Ich glaube also, dass sich die Demokratie mit mehr Mitbestimmungsmöglichkeit beleben wird.

8. 17 Kantone und viele Gemeinden haben in den letzten Jahren ihre Steuern gesenkt. Das Defizit des Bundes war im letzten Jahr 500 Millionen grösser als budgetiert. Bei den Kantonen war es genau umgekehrt. Die Rechnungen waren um 500 Millionen besser als der Voranschlag. Ich erwähne nur die Regel: Was die Gemeinden besser, also bürgernäher tun können als der Kanton, das sollen sie tun. Das gleiche gilt für die Kantone gegenüber dem Bund. Der Bund selber soll möglichst weitmaschige Rahmenvorschriften erlassen, die Minimalbedingungen festlegen.

9. Im Zusammenhang mit der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen gesehen, stimmt das sicher nicht. Im Gegenteil. Finanziell müssen die Kantone natürlich Haare lassen. Wenn man den Bundeshaushalt, der zu zwei Dritteln sein Geld an Dritte weitergeben muss, sanieren will, kann man den Transferbereich nicht unter Naturschutz stellen!

10. Sozialpolitik, Landesverteidigung, Aussenpolitik, Wirtschaftspolitik inklusive Landwirtschaft.

11. Max Weber hat mein Denken geprägt. In späteren Jahren hat er gelegentlich selber zugegeben, dass die indirekten Steuern etwas besser sind als der Ruf, den er ihnen in seiner aktiven Zeit verschafft hat. Dieser Meinung bin auch ich.

12. Ich kann eigentlich nur wiederholen, was ich schon oft sagte: Ein armer Staat kann nie ein sozialer Staat sein. Staatsdefizite hemmen die Aktivität und die Manövrierfähigkeit der Politiker. Deshalb müssen wir den Bundeshaushalt in Ordnung bringen und dabei daran denken, dass wir in diesem Lande nicht allein bestimmen können. Wir sind zu schwach. Deshalb müssen wir auch hier zum Kompromiss bereit sein.